



Regierungsratsbeschluss vom 07. Juni 2022

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; UKRAINE; Anpassungen Lebensmittelrecht - Erleichterungen bei Kennzeichnungsvorgaben aufgrund von Versorgungsengpässen

P220761

1. Der Regierungsrat genehmigt das Antwortformular an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV).

Begründung

Der Bund hat bei den Kantonen und weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Lebensmittelrechts durchgeführt. Die Revision betrifft eine Anpassung der Kennzeichnungsvorschriften aufgrund der Situation in der Ukraine. Die Änderung trägt besonderen Situationen, die Versorgungsengpässe verursachen, Rechnung und gewährleistet gleichzeitig den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Täuschungen. Der Regierungsrat begrüsst die vorliegende Revision grundsätzlich, bedauert aber die den Umständen geschuldete äusserst knappe Vernehmlassungsfrist.

